Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 231. **Freitag** den 8. Mai 1903. **97. Jahrgang.**

Englische Reisepolitik.

Alle Menschen und alle menschlichen Einrichtungen sind den Einflüssen der Mode unterworfen; auch in die ernstesten Dinge mischt sie sich, und selbst in der hohen Politik, die doch wahrhaftig nicht zum Lachen sein soll, treibt sie ihr launisches Wesen. Früher saßen die Staatsoberhäupter jahraus, jahrein auf ihren Schlössern und nur ihre Gesandten waren unterwegs. Heutzutage ist es Mode, daß die gekrönten Häupter selbst von Ort zu Ort reisen und ihre politischen Handelsgeschäfte mit den Chefs oder Prokuristen der benachbarten Staatsfirmen in eigener Person erledigen. Sogar Herr Loubet, der sehr ehrenwerte, aber ein wenig spießbürgerliche Präsident Frankreichs, und im Nebenamt Advokat aus Montélimar, hat sich der Mühe unterzogen, bei den interessanten Völkern von Algier und Tunis Reklame für die alleinseligmachende Republik zu machen. Und nun gar König Eduard! Als Prinz von Wales hat er ja viele Reisen gemacht, doch waren diese alles andere, nur keine staatsmännischen Unternehmungen. Doch jetzt, wo es schien, er wollte nur auf einer Mittelmeerfahrt Erholung nach schwerer Krankheit suchen, entpuppt sich seine Rundreise als politisches Ereignis von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Wir sehen heute, wo unsere Nerven durch das ewige Flaggen, Böllerschießen und Gläserklingen etwas abgestumpft sind, recht skeptisch auf Fürstenreisen. Das Facit, das der nüchterne politische Geschäftsmann aus solchen champagnerfrohen Festtagen zieht, ist meist verzweifelt gering. Interessant sind Fürstenreisen aber stets insofern, als das Verhalten der öffentlichen Meinung in der Presse bei solchen Gelegenheiten ein Gradmesser für die Stimmungstemperatur zwischen zwei Völkern ist. Der von Jugend an zur Hurrafreudigkeit erzogene Berliner zeigte Alexander III. von Rußland eisiges Schweigen. König Eduard hätte im Winter vor zwei Jahren in Berlin gleichfalls keinen herzlichen Willkommen gefunden, und auch heute würde bei einem Besuch des Britenkönigs die Feststimmung sich nicht viel über den Gefrierpunkt erheben. Es ist gut so, daß er uns meidet. Wir gönnen den Besuch des persönlich sicher nicht unliebenswürdigen Sohnes der Königin Viktoria den Romanen von Herzen!

In Lissabon schon fing die hohe Politik an. Zwar war König Eduard da fast zu Hause. Unter dem harmlosen Namen eines Verbündeten ist Portugal längst schon der Trabant der Engländer geworden und hat sich durch seine Schergendienste gegen die Boeren als einen brauchbaren Bedienten erwiesen, der so leicht vor keiner Arbeit zurückschreckt. Da man in Lissabon so tief gesunken ist, interessiert es die übrige Welt nicht sonderlich mehr, zu welchen weiteren Knechtsdiensten sich die Portugiesen entwürdigen.

Dann weilte König Eduard in der ewigen Stadt. Auch hier kam der König zu alten Freunden, und die politische Bedeutung seines Besuchs bekundete die unzerstörbare Interessengemeinschaft zwischen Großbritannien und Italien. Die Extratour mit dem Franzosen hat die Römer nicht vergessen lassen, daß ihr stärkster Freund im Mittelmeer gegen alle Anwandlungen des etwas gewalttätigen Egoismus des lateinischen Freundes doch der Engländer ist. Das geeinte Königreich sieht im britischen Reich seinen ältesten und bewährtesten Freund, und wie die Engländer sich stets für Völkerglück und Freiheit begeistert haben, wenns ihnen nicht an den eigenen Geldbeutel ging und nichts dabei zu riskieren war, so schwärmte man in den sechziger Jahren in London für Garibaldi und die Seinen. Es kam eine Zeit der Abkühlung. Man war in Rom böse, daß die Engländer Italien in Abessinien preisgaben, man war gekränkt, daß die Londoner Regierung in üblicher Treulosigkeit den Italienern in der Tunis- und Tripolisfrage das Blaue vom Himmel versprochen und hinter dem Rücken mit Frankreich doch den Afrikavertrag schloß, der die Interessen der Italiener glatt im Stiche ließ. Man war empört über den barbarischen Sprachenzwang, den Chamberlain in Malta einführen wollte. In London hielt man es an der Zeit, einzulenken; man gab den Italienern gute Worte, milderte das Sprachengesetz in Malta, und nun hat man die gutmütigen Italiener wieder so weit, daß sie dem Engländer im Somalilande tiefgebückt aufs neue den Steigbügel halten. König Eduard hat jetzt den Freundschaftspakt auch ohne Bündnisurkunde aufs neue geschlossen. Wir gönnen den Italienern die Intimität mit dem Re Edoardo von Herzen!

Auch im Vatikan war der König. Man riß sich dort ja um eine Annäherung an England. Leo XIII. soll gerufen haben, er würde König Eduard auch empfangen, wenn er gegen alle vatikanischen Vorschriften direkt vom Quirinal den gefangenen Pontifex maximus besuchen wollte. Diese Milde des heiligen Stuhles gegen den Nachfolger Heinrichs VIII. ist klassisch, und sie zeigt aufs neue, daß man bei der Hierarchie am meisten durch Selbstbewußtsein und nicht durch Nachgiebigkeit erreicht. Der englische König drohte einfach, überhaupt nicht zu kommen, wenn man seinen Besuch nicht in den Formen, die er für angemessen hielt, acceptierte. Und die Kurie war bereit, sich zu fügen, um nicht die Blamage zu erleben, daß Eduard VII. in Rom gewesen war, ohne den Papst zu sehen. Schließlich ist man doch, wie berichtet wurde, dahin handelseinig geworden, daß der König zwar nicht vom Quirinal, sondern von der englischen Botschaft beim Quirinal nach dem Vatikan fuhr, dann aber vom Vatikan direkt in den Quirinal zurück. Der Vatikan scheint recht viele Wünsche wegen der Iren und der Katholiken in England auf dem Herzen zu haben. Hält man die Zeit schon für reif, die Ritualisten wieder zur römischen Kirche herüberzuziehen?

Der Besuch Eduards in Paris, der dann folgte, sah fast aus, wie ein geistreicher Scherz des Königs. Doch ist er mehr. Die Partei der Freunde einer Annäherung zwischen den Westmächten ist sowohl in England, wie in Frankreich, sehr einflußreich, wenn auch nicht zahlreich. Doktrinäre vom Schlage Delcassés, Ribots und Deschanels haben an den Nackenschlägen, die die englandfreundliche Politik Louis Philipps und Napoleons III. dem Lande eintrug, augenscheinlich noch nicht genug, und in London hofft man auf dem Umwege über Paris eine bessere Verständigung mit Rußland. Zwar will die erdrückende Masse der Franzosen von einer solchen Politik nichts wissen. Aber man merkt die Absicht der leitenden Männer in London und Paris, und das ist sehr lehrreich, vor allem für uns. Ein russisch-französisches Bündnis ist, wie die Dinge sich gestaltet haben, der Friede, ein englisch-französisches Bündnis der Krieg und zwar gegen uns! — Daher haben wir alle Ursache zu hoffen, daß König Eduards geheimste Wünsche sich in Frankreich nicht verwirklichen! —

In manchen Reden ist das wichtigste das, was der Redner absichtlich verschweigt. Das wichtigste an König Eduards Reise ist, daß er, abgesehen von Rußland und Oesterreich, die ganz außerhalb seiner Reise lagen, zwei Länder nicht besucht hat. Spanien und Deutschland. Die franzosenfreundlichen Spanier sollten damit einen kleinen Denkzettel erhalten und der Deutsche damit einen gehörigen Nasenstüber. War dies die Absicht, dann haben die Engländer sich getäuscht. Das Gefühl der Abneigung, daß man drüben jetzt so geflissentlich gegen uns zur Schau trägt und das gelegentlich bis zur blinden Wut steigert, läßt uns kalt, wir vermögen ja dem Vetter auch keine Zärtlichkeiten zu bieten. Es ist gut, daß Eduard Deutschland meidet: unsere äußere Politik ist am besten aufgehoben, wenn sie sich möglichst von englischen Einflüssen frei hält. England ist seinen verbündeten Freunden stets gefährlicher gewesen als seinen Feinden.

F. W.

Zur Wahl Hasses.

Gegenüber den in einigen Interessentenkreisen laut gewordenen Klagen, als würde die Agitation für die Wiederwahl des Herrn Prof. Dr. Hasse nicht laut und energisch genug betrieben, muß hervorgehoben werden, daß noch bis vor kurzem Verhandlungen gepflogen wurden mit den in Betracht kommenden hiesigen politischen Vereinen und wirtschaftlichen Mittelstandsgruppen behufs Zusammenschlusses sämtlicher rein nationaler Körperschaften für die Hassesche Kandidatur.

Diese Verhandlungen haben einen sehr erfreulichen Erfolg gehabt. Durchdrungen von der nationalen Pflicht der geschlossenen Bekämpfung des gemeinsamen sozialdemokratischen Gegenkandidaten, haben sich, unter hochanzuerkennender Hintansetzung mancherlei Sonderinteressen, folgende Vereinigungen offiziell für die nationale Kandidatur Hasses erklärt:

a. von politischen Parteien:
der Konservative Verein,
der Deutschsoziale Reformverein,
der Nationalliberale Verein,
der Alldeutsche Verband,
der Vaterländische Verein;

b. von wirtschaftlichen Mittelstandsgruppen:
der Verein selbständiger Leipziger Kaufleute und Fabrikanten zur Wahrung eigener Interessen,
die Handwerker-Innungen,
die zum Deutschen Bund für Handel und Gewerbe gehörigen Vereine,
die zum Schutzverband für Handel und Gewerbe gehörigen Vereine

und andere mehr.

Während in Anbetracht der drohenden Gefahr der Zusammenschluß der rein politischen Parteien gänzlich bedingungslos erfolgte, konnte Herr Prof. Dr. Hasse den Wünschen der sogenannten wirtschaftlichen Mittelstandsgruppen zum Teil nachkommen, indem er ihnen einzutreten versprach für:

Schutz des Handwerkes, des Handels und des Gewerbes gegen Beamtenvereinigungen, Warenhäuser und Konsumvereine;

Einführung von schärferen Strafbestimmungen zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, insbesondere Regelung der Ausverkäufe aller Art;

Regelung des Submissionswesens in Reichsbetrieben;

Zustimmung zu dem Beschlusse des III. Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages in Leipzig vom 25. bis 27. September 1902: die obligatorische Alters- und Invaliditäts-Versicherung für selbständige Kleinkaufleute, Handwerker und Gewerbetreibende;

Einführung von Anwesenheitsgeldern für Reichstagsmitglieder;

Verbot des Verkaufes von Produktiv-Genossenschaften an andere als nur deren Mitglieder;

Verbot der sogenannten Dividendenzahlung der Konsumvereine;

Verbot des Zusammenschlusses der Produktiv- und Konsum-Genossenschaften zu weiteren Genossenschaften.

Nur die Verhandlungen mit dem Deutschsozialen Vereine haben bedauerlicherweise noch nicht zu dem erwünschten und erstrebten Ziele seines Anschlusses an die Hassesche Kandidatur geführt, wiewohl ein großer Teil der Mitglieder dieses Vereins dem Zusammenschlusse mit den anderen nationalen Vereinigungen sehr das Wort reden soll.

Abgesehen davon, ob es politisch klug von dem Deutschsozialen Vereine ist, sich durch die Aufstellung eines deutschsozialen Sonderkandidaten in direkten Zwiespalt und Widerspruch mit den antisemitischen Gesinnungsgenossen der Reformpartei zu setzen, berechtigen die Hassischen mittelstandsfreundlichen Zusagen doch zu der Frage:

Ist denn eine solche deutsch-soziale Mittelstands-Sonderkandidatur nötig, ja ist sie überhaupt berechtigt?

Hasse hat als ernster und erfahrener Politiker und als aufrichtiger Kompromiß-Kandidat dasjenige versprochen, was er nach seiner Ueberzeugung auch halten kann und wird.

Was soll und will denn ein deutschsozialer Sonderkandidat zur Bekämpfung Hasses noch vorbringen?

Die Aussicht, diesen ihren Kandidaten an Stelle Hasses in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten zu bringen, ist doch wirklich unsicher genug, und so kann eine deutschsoziale Sonderkandidatur durch die Stimmenzersplitterung leicht zu einem sehr gefährlichen Experimente werden, für das man dann nicht nur in Leipzig, sondern in ganz Deutschland lediglich den hiesigen deutsch-sozialen Verein verantwortlich machen würde.

Will der deutsch-soziale Verein diese Verantwortung übernehmen? Würde nicht seine Stellung im Rate der nationalen Parteien in Zukunft beeinträchtigt werden?

Wir wollen und können es nicht glauben, daß der deutsch-soziale Verein in dem ernsten Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner sich von den anderen nationalen Parteien trennen will, und wir möchten ihm in letzter Stunde ans Herz legen, daß er sich daran erinnert, was auf dem Spiele steht.

Seine nationale Pflicht ruft auch den deutsch-sozialen Verein an die Seite der nationalen Kampfgenossen.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 7. Mai. (Die Reichsausländer in Deutschland.) Von der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs in Höhe von 56 367 178 wurden bei der letzten Volkszählung nicht weniger als 778 698 Reichsausländer ermittelt. Die Erfahrung zeigt, daß, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gut sind, Reichsausländer in hellen Scharen zu uns kommen. Interessant ist zunächst ein Vergleich, wie die Zahl der Reichsausländer bei den früheren Volkszählungen zu der gesamten ortsanwesenden Bevölkerung sich verhalten hat:

Reichsausländer:	absolut	auf 1000 der Reichsbevölkerung
am 1. Dezember 1871	206 755	5,04
am 1. Dezember 1875	290 799	6,81
am 1. Dezember 1880	276 067	6,10
am 1. Dezember 1885	372 792	7,96
am 1. Dezember 1890	433 254	8,77
am 2. Dezember 1895	486 190	9,30
am 1. Dezember 1900	778 698	13,81.

Es haben sich also die fremden Staatsangehörigen im Reichsgebiete fortgesetzt vermehrt, und zwar seit 1871 auf mehr als das Dreifache. Nur im Jahre 1880 machte sich ein absoluter und relativer Rückgang bemerkbar, da infolge der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse gegen Ende der siebziger Jahre viele von ihnen aus Lohn und Brot kamen und dadurch zur Heimwanderung veranlaßt wurden. Von den bei der letzten Volkszählung ermittelten 778 698 Reichsfremden sind 97,2 Proz. oder 757 185 Angehörige europäischer Staaten. Nur 21 513 Personen haben also nichteuropäische Nationalität, 17 848 davon sind Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika. Am stärksten sind unter den ersteren die Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie vertreten (390 914 Personen oder 50,2 Proz.). In weitem Abstande folgen die Niederlande (88 053 oder 11,3 Proz.), die Italiener (69 760 oder 9 Proz.), die Schweizer (55 456 oder 7,1 Proz.), die Russen (46 971 oder 6 Proz.), die Dänen (26 547 oder 3,4 Proz.), die Franzosen (20 482 oder 2,6 Proz.), die Briten und die Iren (16 173 oder 2,1 Proz.), dann Luxemburger, Belgier, Schweden, Norweger durchschnittlich 5057 Personen (0,7 Proz.) aus dem übrigen Europa. Zugenommen haben von diesen Nationen seit 1880 am meisten die Italiener und die Niederländer. Jene verzehnfachten beinahe ihre ursprüngliche Zahl, diese überschritten das Fünffache derselben. In mehr als dreifacher Stärke sind Oesterreicher und Russen vorhanden, die Belgier überschritten beträchtlich, die Norweger und die Schweizer erreichten nahezu die doppelte Anzahl. Abgenommen haben nur die Dänen; nachdem ihre Zahl von 1890 auf 1895 bereits um 7778 sich verringert hatte, ist sie seitdem um weitere 1599 gesunken. Relativ am häufigsten sind die Ausländer in Elsaß-Lothringen (37,95 ‰). Es lebten dort 20 952 Italiener, 14 934 Franzosen, 11 934 Schweizer, 10 671 Luxemburger, 2972 Oesterreicher; die anderen Nationen waren weniger zahlreich vertreten. In nächster Reihe steht das Königreich Sachsen mit 31,69 Reichsausländern auf das Tausend seiner Bevölkerung. Diese Ausländer setzen sich im Wesentlichen aus Oesterreichern (113 437), aus Schweizern (3880), Russen (4526), Italienern (2467), Briten (1900), Amerikanern (2212) zusammen. Bremen hat 22,13 ‰ Fremde, darunter fast die Hälfte Oesterreicher. Mit ähnlich hohen Ziffern kommen die Ausländer in Hamburg und Schleswig-Holstein (20,21 und 20,60 ‰) vor. Während aber in Hamburg das dänische Element mit 2370 Personen noch hinter den Oesterreichern (4297) zurücksteht, überragt es in Schleswig bei weitem alle sonstigen Fremden. Dort sind neben 19 139 Dänen nur 2449 Oesterreicher, 2695 Schweden und in noch geringer Zahl andere Nationalitäten ermittelt worden. In Berlin, das im Ganzen 35 026 Ausländer (18,54 ‰) zählt, stellen das größte Kontingent die Oesterreicher (16 683), die Hauptmasse der übrigen Fremden stammt aus Rußland (4167), Ungarn (2897), Großbritannien (1490), Italien (1336), die Schweiz (1265), Dänemark (1134) und aus den Vereinigten Staaten von Amerika (1795). Abgesehen davon hat Berlin unter seiner Einwohnerschaft Angehörige fast aller Kulturstaaten, schon deshalb, weil da ihre Regierungsvertreter wohnen.

β. **Berlin**, 7. Mai. (Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz und die Sozialdemokratie.) In einer sehr eingehenden Würdigung, die Dr. G. Sydow in der „Sozialen Praxis" der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz widmet, findet sich eine scharfe Kritik des Verhaltens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber dieser Novelle. Dr. Sydow betont dabei zunächst, daß in der ersten Lesung der Novelle im Plenum von keiner Partei, auch von den Sozialdemokraten nicht, Widerspruch gegen die Bestimmungen erhoben wurde, die im Interesse des Kassenvermögens Vorstandsmitglieder oder Kassenbeamte in Fällen grober Pflichtverletzung des Amtes zu entsetzen gestatteten. Erst bei den Kommissionsberatungen entdeckte die Sozialdemokratie in den Vorschlägen der Regierung eine verschleierte Beschränkung des Selbstverwaltungsrechtes, um schließlich angesichts der Beschlußunfähigkeit des Reichstages damit zu drohen, daß sie die Novelle zu Falle bringen werde. Man weiß, wie die bürgerlichen Parteien hierdurch zu dem Zugeständnis veranlaßt wurden, die Worte „grobe Pflichtverletzung" zu ersetzen durch „grobe Verletzung der Amtspflicht in Bezug auf die Kassenführung". Daß das hiermit erreichte Kompromiß von der Sozialdemokratie in rein agitatorischer Weise ausgenutzt worden ist, wird in der „Sozialen Praxis" wie folgt festgenagelt: „Es muß . . . hier festgestellt werden, daß dieser neue Fortschritt in der Versicherungsgesetzgebung lediglich dem Konto der bürgerlichen Parteien gutzuschreiben ist. Die Sozialdemokratie, auf deren Drängen die Abänderung der Verwaltungsbestimmungen erfolgte, stimmte gegen das Gesetz im ganzen. Wäre nicht in den übrigen Parteien eine geschlossene Mehrheit für das Gesetz vorhanden gewesen, so hätte sie diese Verantwortung wohl kaum auf sich genommen. So aber hat sich die günstige Gelegenheit, die Verbesserungen der Novelle zu erhalten, sich aber gleichzeitig den Wählern gegenüber mit dem Mantel der Unbeugsamkeit schmücken und gegen die angeblich unaufrichtige soziale Reformtätigkeit der Regierung und der nichtsozialdemokratischen Parteien hadern zu können. Das ist nicht Wirken für die Arbeiter, sondern Agitation für Parteizwecke." — Diese Auslassung des Organs unserer Sozialreformer verdient um so größere Beachtung, je mehr während der gegenwärtigen Wahlperiode die Sozialdemokratie das Herunterreißen der deutschen Sozialgesetzgebung sich zur Aufgabe macht.

D. **Berlin**, 7. Mai. (Bismarck und die Presse.) Mitte 1872 erwarben die Brüder Ohlendorff in Hamburg zunächst zur Hälfte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in Berlin und stellten sie dem Fürsten Bismarck nach Bedarf zur Verfügung. Unmittelbar nach Bismarcks Entlassung fand, wie Heinrich von Poschinger in seinem neuesten Buch „Fürst Bismarck und seine Hamburger Freunde" offenbar auf Grund von Mitteilungen der Gebrüder Ohlendorff erzählt, zwischen dem Fürsten Bismarck und dem damaligen Chefredakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", dem Geh. Kommissionsrat Pindter, eine Unterredung statt. Fürst Bismarck bedankte sich für die Dienste, die ihm die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" geleistet hatte, und gab ihrem Leiter den Rat, mit der konservativen Partei Fühlung zu gewinnen. Fürst Bismarck hatte nicht die Absicht, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weiter in Anspruch zu nehmen, besprach vielmehr mit den inzwischen baronisierten Ohlendorffs die Frage, welche Zeitung geeignet sei, von nun an sein Organ zu werden. Freiherr Albert von Ohlendorff schlug die „Hamburger Nachrichten" vor, und wenige Tage später erschien deren Eigentümer, Dr. Emil Hartmeyer, bei dem Fürsten Bismarck, um nähere Beziehungen mit ihm anzuknüpfen. Im Frühsommer 1890 machte Fürst Bismarck dem Freiherrn von Ohlendorff einen Besuch, brach aber alle persönlichen Beziehungen mit ihm auf die Dauer ab, als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" im Juli 1892 sich persönliche Angriffe gegen den Fürsten Bismarck zu Schulden kommen ließ.

⊙ **Berlin**, 7. Mai. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung des **Bundesrates** wurden die Resolutionen des Reichstages zu den Gesetzentwürfen, betr. Feststellung des Reichshaushaltsetats und des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1903 teils dem Reichskanzler, teils den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

⊙ **Berlin**, 7. Mai. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet: Minister **Budde** begab sich zur Beseitigung von Hämorrhoidal-Beschwerden in ärztliche Behandlung und unterzog sich heute einer Operation, die glücklich verlaufen ist.

— In der am 5. d. Mts. unter dem Vorsitz des Herzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg abgehaltenen Mitgliederversammlung des Hauptverbandes deutscher Flottenvereine im Auslande gab, nach einem ehrenden Nachruf für Excellenz Sachse und nach einem Hoch auf den Kaiser, dem ein Huldigungstelegramm gesandt wurde, der erste Schriftführer, Kapitän z. S. de Bois, eine Uebersicht über das verflossene Vereinsjahr, über die Tätigkeit der Flottenvereine des Hauptverbandes, deren Zahl von 75 auf 72 zurückgegangen ist, über das Wirken des Hauptverbandes und über das